

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 93 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Heidemarie Wieczorek-Zeul  
MdEP, Mitglied des SPD-  
Vorstandes und Jannis  
Sakellariou MdEP, zur Ent-  
wicklung in Nicaragua: Die  
Ursachen nicht verkennen.  
Seite 1

Peter Conradi MdB, Mit-  
glied des Ältestenrats des  
Deutschen Bundestages,  
entwickelt Vorschläge zur  
Kabinetts-Berichterstat-  
tung: Neuen Anlauf neh-  
men. Seite 3

Karl Kißlinger MdB, Mit-  
glied im Ausschuß für Er-  
nährung, Landwirtschaft  
und Forsten des Deutschen  
Bundestages, fordert den  
Subventionsbetrug mit  
Nahrungsmitteln. Einhalt  
zu gebieten: Kriminalfall  
EG. Seite 5

40. Jahrgang / 200

18. Oktober 1985

### Nicaragua aus dem Notstand helfen

Die Ursachen der jüngsten Entwicklung nicht verkennen

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP  
Mitglied des SPD-Vorstandes und  
Jannis Sakellariou MdEP

Die Verhängung des „nationalen Notstandes“ in Nicaragua bedeutet zweifellos eine Zuspitzung der Situation. Als Freunde und Wegbegleiter der Sandinistischen Revolution müssen wir die Einschränkung der Bürgerrechte in Nicaragua deutlich kritisieren - auch wenn sie in einem Land erfolgt, das von Krieg überzogen wird. Wir werden unseren ganzen Einfluß geltend machen, damit Nicaragua zu allen Prinzipien der Sandinistischen Revolution zurückkehren kann: zu Pluralismus, gemischtem Wirtschaftssystem und Blockfreiheit.

Wir verkennen jedoch Ursache und Wirkung nicht. Die jetzt eingetretene Situation ist das gewollte und geplante Ergebnis der Einkreisungs- und Destabilisierungspolitik der Vereinigten Staaten. Die Washingtoner Administration hat seit der Befreiung Nicaraguas von der Somoza-Diktatur praktisch jedes Mittel eingesetzt, um den friedlichen Prozeß einer gesellschaftlichen Erneuerung, die zum Vorbild für andere lateinamerikanische Länder werden könnte, geradezu buchstäblich zu torpedieren. Sie hat dazu, wie der Internationale Gerichtshof in Den Haag festgestellt hat, völkerrechtswidrig nicaraguanische Häfen vermint. Darüber hinaus hat sie rund 100 Millionen Dollars seit 1982 eingesetzt, um die Konterrevolutionäre zu unterstützen. Und schließlich über das um wirtschaftliche Gesundung bemühte Land ein Wirtschaftsembargo verhängt, das der nicaraguanischen Volkswirtschaft Verluste in Höhe von mindestens zwei Milliarden DM zugefügt hat. Zugleich hatten die USA die Initiativen der Contadora-Initiative direkt und indirekt - durch willfährige Regierungen in El Salvador, Honduras und Ecuador - hintertrieben. So wurde jeder Vorschlag zu einer Entschärfung der militärischen Situation durch eine Reduzierung der Manöver und Truppenstärken und ein Verbot der Stationierung ausländischen Militärs in der Region abgelehnt.

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus M217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Produktion: Druckerei  
mit umweltfreundlichen  
Recycling-Papier



Leider haben in Nicaragua selbst einflußreiche und finanziell gut ausgestattete Organisationen wie der Unternehmerverband und die Amtskirche, die willfährig die Somoza-Diktatur ertragen haben, alle Mittel eingesetzt, um die demokratische Entwicklung und das Aufbauwerk des neuen Nicaraguas zu stören. Sie haben am Ende als der legale Arm der Konterrevolution ihre Möglichkeiten, die ihnen von der Regierung garantiert wurden, mißbraucht.

Gleichzeitig ist bekannt geworden, daß inzwischen über 3.000 Contras in das Land eingesickert sind, um mit gezielten Anschlägen die Kaffee-Ernte zu sabotieren. Damit soll die wirtschaftliche Hauptlebensader des Landes getroffen werden, um die sowieso schon katastrophale ökonomische Situation des Landes in ein Chaos zu treiben. In dieser Situation kommt der Politik der Europäischen Gemeinschaft eine besondere Verantwortung zu. Sie hat in den vergangenen Jahren eine konstruktive Rolle in der Region gespielt. Ihr Einsatz war zwar nicht ausreichend, er hat aber - wie die Außenministerkonferenz der EG-Länder mit den Mittelamerika-Staaten in San Jose unterstrichen hat - große Hoffnungen in Zentralamerika geweckt. An den Zielen der EG-Mittelamerika-Politik muß gerade in der jetzt zugespitzten Situation festgehalten werden. Darum geht es:

1. Unterstützung einer eigenständigen selbstbestimmten Entwicklung und Unabhängigkeit der Region und ihrer Integrationsbemühungen.
2. Vermeidung einer weiteren Militarisierung der Konflikte in der Region und Verhinderung jeder direkten oder indirekten Einmischung sowie Förderung regionaler Friedensregelungen.
3. Schneller Abschluß des geplanten Kooperationsabkommens der EG mit Mittelamerika als Beitrag für einen dauerhaften Frieden in der Region, zur Bekämpfung der Armut, für die Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und demokratische Strukturen.

Wir warnen davor, den Versuch zu unternehmen, jetzt die Verhandlungen über das Kooperationsabkommen zu unterbrechen. Nur mit massiver finanzieller und politischer europäischer Hilfe wird es gelingen, die Spannungen in Mittelamerika abzubauen. Deshalb muß das Abkommen - wie vorgesehen - Mitte November unterzeichnet werden.

Europäische Empfehlungen zum Pluralismus in Nicaragua klingen übrigens unglaublich hohl, wenn die finanziellen Leistungen im umgekehrten Verhältnis zu den klugen Ratschlägen stehen. Alle Westeuropäer haben Nicaragua im vergangenen Jahr zusammen nicht mehr als rund 100 Millionen DM zukommen lassen. Wahrlich nicht genug um die Auswirkungen des US-Embargos ausgleichen zu können.

(-/18.10.1985/rs/ks)

+ + +



### Keine Experimente?

Der Bundestag sollte sich weiter um die Kabinetts-Berichterstattung bemühen, auch wenn der erste Versuch ohne Erfolg war

Von Peter Conradi MdB  
Mitglied des Ältestenrats des Deutschen Bundestages

Ein Experiment ist mißlungen: Die von der Reformkommission des Bundestages vorgeschlagene aktuelle Berichterstattung aus dem Kabinett mit anschließenden Fragen und kurzen Erklärungen der Abgeordneten wird nach dreimaligem Versuch nicht fortgesetzt. Niemand war mit diesem Versuch zufrieden, aber alle waren am Mißlingen beteiligt:

- Die Bundesregierung hat brav und bürokratisch über einzelne Themen der letzten Kabinettsitzung berichtet. Zu anderen Themen mit größerer Aktualität konnten die Abgeordneten keine Fragen stellen, da sie im Bericht der Bundesregierung nicht angesprochen wurden.
- Der Bundestagspräsident hat den Versuch leider wenig souverän geleitet. Er hat das Wort nach den von den Arbeitskreisen der Fraktionen vorbereiteten Listen der Fragesteller erteilt. Spontaneität war unerwünscht, Polemik ausdrücklich verboten. Besser wäre es gewesen, den Abgeordneten, die sich an den Saalmikrofonen zu Fragen aufgestellt hatten, abwechselnd das Wort zu erteilen, Nachfragen weiterer Abgeordneter zuzulassen und insgesamt auf eine faire Aufteilung der Fragen unter den Fraktionen zu achten. Etwas mehr Gelassenheit hätte dem Experiment gutgetan.
- Die Arbeitskreise der Fraktionen haben die Fragen streng nach Hierarchie und Ressortzuständigkeit vorbereitet. Abgeordnete, die nicht vom jeweiligen Arbeitskreis eingeplant waren, hatten keine Chance zu Wort zu kommen. So überwogen die schriftlich vorbereiteten Beiträge. Die Fragen aus den Reihen der Union und der FDP machten deutlich, daß es diesen Abgeordneten weniger darum ging, die Regierung zu kontrollieren als sie zu stützen. So wurde das ganze steril und brav, die Bürokratie hätte es nicht langweiliger machen können.

Was nun? Die Reformkommission und der Ältestenrat sollten die Erfahrungen mit den drei Kabinettsberichterstattungen prüfen und versuchen, das Experiment unter besseren Bedingungen zu wiederholen. Dazu einige Vorschläge:

1. Die Bundesregierung sollte jeweils alle im Kabinett behandelten Tagesordnungspunkte mitteilen; der Bericht sollte sich wie bisher auf ein oder zwei Schwerpunktthemen beschränken.
2. Zur Beantwortung der Fragen müßten die Minister beziehungsweise Parlamentarischen Staatssekretäre der Ressorts anwesend sein, die mit Tagesordnungspunkten der Kabinettssitzung befaßt waren.
3. Es wäre gut, wenn ab und zu auch der Bundeskanzler zur Verfügung stünde, ähnlich wie das im englischen Unterhaus in der Fragestunde der Premierministerin regelmäßig der Fall ist.
4. Der Präsident sollte mehr Freiheit in der Worterteilung haben und sich keinesfalls vorgefertigte Fragelisten aufdrängen lassen. Er muß die Möglichkeit haben, mehrere Fragen zu einem Komplex aus einer Fraktion zuzulassen. Bei der normalen Fragestunde ist das doch auch möglich. Paragraph 28 der Geschäftsordnung des Bundestages sagt, daß der Präsident die Reihenfolge der Redner bestimmt. Dabei soll ihn die Sorge für sachgemäße Erledigung und zweckmäßige Gestaltung der Beratung, die Rücksicht auf die verschiedenen Parteirichtungen, auf Rede und Gegenrede und auf die Stärke der Fraktionen leiten.
5. Die Zwei-Minuten-Regelung für Fragen und Antworten sollte gestrichen werden. Sie verführt dazu, diese zwei Minuten auch dann auszunützen, wenn eine Frage kurz gestellt und beantwortet werden könnte. Wir sollten genug Vertrauen in den Präsidenten haben, daß er bei zu ausführlichen Fragen und Antworten eingreift.
6. Die Fraktionen sollten die aktuelle Kabinetts-Berichterstattung und die sich daran anschließenden Fragen und Erklärungen als eine Chance wahrnehmen, den Bundestag interessanter und lebendiger zu machen. Zur Ehre der häufig geschmähten Fraktionsgeschäftsführer muß hier gesagt werden, daß nicht sie es waren, die diesen Versuch zu Fall brachten. Es waren die Arbeitskreise der Fraktionen, die diese Aufgabe so gelöst haben, wie eine Bürokratie eben solche Aufgaben löst.

Keine Experimente? Es wäre schade, wenn der Bundestag die Chance versäumte, seine Arbeitsweise zu verbessern. Wir sollten uns darin nicht beirren lassen, auch wenn das erste Experiment kein Erfolg war.

(-/18.10.1985/rs/ks)

+ + +



### Kriminalfall EG

Dem Subventionsbetrug mit Nahrungsmitteln Einhalt gebieten

Von Karl Kießlinger MdB

Mitglied im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages

Die Verwaltung der Überflüsse des EG-Agrarmarktes verlangt immer kompliziertere Regelungen. Gleichzeitig ist immer mehr Geld im Spiel, das helfen soll, den EG-Agrarmarkt vor dem niedrigen Weltmarktpreis zu „bewahren“ und der Landwirtschaft zu einem angemessenen Einkommen zu verhelfen.

Inwieweit dies tatsächlich gelingt, sei dahingestellt, jedenfalls werden die meisten Waren aus sogenannten Drittländern - etwa den USA, der Schweiz oder aus Ostblockländern - mit oft zeitlich unterschiedlich hohen Zöllen, den Abschöpfungen, belegt. Gleichzeitig erhalten Exporteure, die EG-Waren auf dem Weltmarkt unterbringen wollen, die sogenannten Ausfuhrerstattungen, die dafür sorgen sollen, daß jene Waren, die hier im Überfluß produziert werden, auf alle Fälle „abfließen“ können. Insgesamt sind 1985 über 45 Milliarden DM im Spiel.

Im Laufe der Jahre wurden die EG-Agrarmarktordnungen immer komplexer und undurchschaubarer und damit zu einem Tummelplatz für legale, halblegale und auch illegale Subventions-Kassierer. Untersuchungen in den 60er und 70er Jahren decken auf, daß 20 bis 30 Prozent aller Subventionen in diesem Bereich - das sind neun bis 13,5 Milliarden DM - erschwindelt wurden.

Hier einige Beispiele:

- Ein deutscher Exporteur verkauft angeblich hochwertiges Fleisch an ein Drittland, zum Beispiel an die Schweiz. Dort sind die Preise niedrig - der deutsche Händler kassiert Exportsubventionen. Sein Schweizer Komplize erklärt die Ladung allerdings zur Transitware nach Italien. Dort wird das Fleisch dann zu hohen EG-Preisen verkauft. Schaden für die EG-Kasse: bis zu 8,00 DM je kg Fleisch.
- Ein deutscher Fleischimporteur führt billige Steaks aus Argentinien ein. Normalerweise müßte er dafür an der Grenze eine saftige Abschöpfung bezahlen. Er gibt aber an, Schlachtabfall einzuführen - worauf nur ein geringfügiger Zoll erhoben wird. Danach können die Steaks zum hohen EG-Preisniveau den Besitzer wechseln. In einem Fall wurde die Polizei fündig: geschätzter Schaden zehn Millionen DM.
- In einem anderen Fall wurde für „hochwertiges“ Getreide, das aus der Bundesrepublik exportiert wurde, jahrelang Exportsubvention eingestrichen. Tatsächlich handelte es sich um Kleie, Schrot und minderwertige Futtermehle. Hier lagen sowohl gefälschte Qualitätsproben, gefälschte öffentliche Gutachten als auch fiktive Ein- und Verkaufsverträge vor. Die Betrüger hatten darüber hinaus Komplizen bei drei deutschen Mühlenbetrieben; Schaden: 15 Millionen DM.



- Aber sogar bei der Einfuhr von Waren, wie Magermilchpulver, die es in der EG wahrlich im Überfluß gibt, haben sich EG-Importeure jahrelang eine goldene Nase verdient. Sie führten Magermilchpulver und auch Käse aus Österreich in die Europäische Gemeinschaft im Werte von 360 Millionen DM regulär ein. Wegen der hohen Abschöpfung an der EG-Grenze wurde dieses Geschäft erst durch Schmiergelder in Höhe von 120 Millionen DM lukrativ, die zwei österreichische Großexporteure auf ausländische Geheimkonten für ihre „Handelspartner“ in der EG einzahlten. Das Geld stammte aus Exportsubventionen, gezahlt vom österreichischen Staat. Unter Einsatz dieser Schmiergelder gelang es den EG-Importeuren, den hohen EG-Preis für Magermilchpulver und Käse zu unterlaufen, die Ware abzusetzen und gleichzeitig noch für sich selbst Geld auf die Seite zu schaffen.

Insgesamt verdeutlichen diese Beispiele, daß hier etwas faul ist. Um die Ursachen zu erkennen, muß man wissen, daß die Geburtsstunde der EG-Agrarmarktordnung und ihrer Instrumente in den Zeiten des Mangels lagen. Vor allem produktbezogene Subventionen sollten zu Produktionssteigerungen im Nahrungsmittelbereich führen. Dies klappte dann so gut, daß wir beispielsweise heute in Milchseen schwimmen können und jeder Bundesbürger für ein halbes Jahr mit hochwertigem Fleisch aus dem Interventionslager versorgt werden könnte.

Die eingesetzten Steuergelder erreichen nur noch zu einem Bruchteil die Landwirte, die Ausgaben für eine wenig erfolgreiche Kontrolle des Subventionswittwars gehen in die Millionen und die Zollfahnder sind überfordert.

Deshalb fordert die SPD die Abkehr von der Subvention einer Überproduktion, die zudem aus Gründen des Umweltschutzes in einigen Regionen nicht mehr zu vertreten ist. Flächengebundene Subventionen sollen den Landwirten erlauben, weniger zu produzieren, ohne ihre Existenz zu gefährden.

Älteren Landwirten oder solchen, die einer anderen Beschäftigung nachgehen können und wollen, soll ein sozial abgesicherter Ausstieg aus der Landwirtschaft ermöglicht werden.

Nur so kann dem Subventionsbetrug Einhalt geboten, der EG-Agrarhaushalt reduziert, die Steuergelder der Bürger der Europäischen Gemeinschaft zum Wohle aller und nicht einiger weniger eingesetzt werden.

(-/18.10.1985/rs/ks)

+ + +